

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.
Grenzstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und der
Stadts der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 158
Wienstraße Nr. 52.

Nr. 3.

Freitag, 4. Januar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 30. 12. 23 bis 4. 1. 24 90 Pf. einchl. Fringerlohn. Für den Fall des Aussetzens von Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisermäßigung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pennige; die 29 mm breite Kellenschrift 100 Gold-Pennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufsicht, keine Tarife. Semikontinentaler Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Panger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wochenschrift 59. Verantwortlich für den Inhalt: Friedrich Hilgenbrunn, Riesa. Druck: Panger & Winterlich, Riesa.

Die sächsische Regierungsrufe. Vor der Bildung der Groß-Koalition.

Der Landtag nahm heute, Freitag, 1 Uhr, seine öffentlichen Sitzungen wieder auf. Zunächst steht auf der Tagesordnung die erste Beratung der von der Regierung erlassenen Notverordnungen. Der hierzu eingegangenen Anträge. Bereits dieser Punkt dürfte zu lebhaften Aussprachen führen, da die deutschnationale Fraktion einen Antrag eingebracht hat, die Notverordnung über die Arbeitsgeberabgabe für ungültig zu erklären. Dazu kommt, daß die Demokraten schon in der letzten Sitzung schwere Bedenken gegen die Notverordnungen geltend gemacht und ihre Rechtsgültigkeit angezweifelt haben.

Die nächsten Punkte der Tagesordnung betreffen die Wahl und die Vereidigung des Ministerpräsidenten und die zweite Beratung des kommunikativen Antrages auf Auflösung des Landtages. In den letzten Tagen haben wieder Beratungen der Fraktionsführer stattgefunden. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat gestern beschlossen, ohne die Stellungnahme des für den 6. Januar einberufenen Landestages abzuwarten, der Bildung der großen Koalition in Sachsen zuzustimmen. Der Ministerpräsident soll von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt werden.

Der Rechtsausschuß des Landtages hat gestern gegen 5 sozialdemokratische Stimmen beschlossen, dem kommunikativen Antrage entsprechend, dem Vorschlag der Auflösung des Landtages zu empfehlen. Weiteres sozialdemokratische Abgeordnete stimmten ebenfalls für die Auflösung, doch befielen sich die Parteien ihre endgültige Stellungnahme für die heutige Vollversammlung des Landtages vor. Der Ministerpräsident Fellisch erklärte sich gegen den Auflösungsantrag, betonte jedoch, daß die Regierung einer Vereidigung der Abgeordneten nicht zuzustimmen wird.

Die vorläufige Ministerliste in Sachsen.

Dresden. Die zur Bildung einer großen Koalition in Sachsen eingeleiteten und eifrig betriebenen Verhandlungen zwischen den drei Mittelparteien haben zu einem Ergebnis geführt, nachdem der sächsische Finanzminister Desbi (gem. Soz.) zum Ministerpräsidenten gewählt werden dürfte. Er wird sein Kabinett wie folgt bilden: Reichsminister Müller, Chemnitz (gem. Soz.); Inneres: Ministerialdirektor Dr. Dehne (Dem.); Finanzen: Rechtsanwalt Dr. Felix Kaiser (D. Sp.); Justiz: Fellisch, sächsischer Ministerpräsident; Wirtschaft: Reichsminister Eisner (gem. Soz.) behält sein Ressort; Ministerialdirektor Dr. Schulze (D. Sp.) Kultur: Fellisch, der der radikalen Chemnitzer Richtung angehört, ist als Konzeption an die sozialistische Mittelgruppe abgetrennt worden. Ob der Landtag nach Bildung des Kabinetts aufgelöst wird, steht noch dahin. Die Möglichkeit besteht, wird aber in parlamentarischen Kreisen nicht als sicher betrachtet. Zu erwarten ist aber, daß nach Bildung dieser Regierung ein Grund für den Fortbestand des Ausnahmezustandes in Sachsen als nicht mehr vorhanden anzusehen und daß daher seine Aufhebung in absehbarer Zeit zu erwarten sein wird.

Die Gemeindevahlen in Sachsen betr.

Verordnung des Wehrkreis-Kommandos.

Für die bevorstehenden Gemeindevahlen im Wehrkreis Sachsen bestimme ich hinsichtlich der Wahlbetätigung sämtlicher Parteien folgendes:

1. Von den Mitgliedern der Parteien, deren Organisationen und Einrichtungen verboten sind, ist es gestattet, Wahlorganisations (Vereinigungen, Ausschüsse usw.) zu bilden. Sie müssen sich ausdrücklich als solche bezeichnen und dürfen sich lediglich mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahl befassen.

2. In Abänderung meiner Verordnung über die Bezeichnung von Versammlungen sind Wahlveranstaltungen sämtlicher Parteien nicht genehmigungspflichtig. Sie sind aber mindestens 48 Stunden vorher bei der zuständigen Amtshauptmannschaft oder den Polizeibehörden der Städte mit revidierter Städteordnung anzumelden.

3. Aus Anlaß der Wahl herausgehende Flugblätter, Handzettel, Wahlzetteln und ähnliche Kundgebungen bedürfen vor ihrer Vervielfältigung und Verbreitung der Genehmigung der unter Punkt 2 genannten Behörden.

4. Eine Betätigung der Parteien, deren Organisationen und Einrichtungen von Verboten betroffen sind, aus Anlaß der Wahlen, z. B. in Wahlveranstaltungen und durch Herausgabe von Flugblättern usw. darf nur von den unter Punkt 1 erwähnten Wahlorganisations ausgehen.

5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und erlischt mit Beendigung der Wahlhandlung.

Dresden, den 3. Januar 1924.

ges. Der Wehrkreisober-Generalkommandant Müller.

Der Fünftzweihundertausch des Reichstages

beschloß am Donnerstag, die Reichsregierung zu erlösen, von der Verordnung über Zuschläge zur Umschlagsteuer in den besetzten Gebieten und im Einbruchgebiet abzusehen, da eine Ausnahmebestimmung der besetzten Gebiete politisch unzulässig sei. Zu einem weiteren Verordnungsentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes über Zuzuschläge, wonach ein Anspruch auf Entschädigung nur geltend werden soll, wenn und soweit ohne Entschädigung

das wirtschaftliche Bestehen des Geschädigten gefährdet würde, wurde ein Antrag abgelehnt, wonach diese Verordnung nicht in Kraft gesetzt werden sollte. Es bleibt also bei der Verordnung, aus der noch zu erhellen ist, daß eine evtl. Entschädigung 75 Prozent des festgestellten Schadens nicht überschreiten darf. Die Regierung erklärte sich weiterhin damit einverstanden, daß die Vorschriften in § 25 der Verordnung über Krankenkasse bei den Krankenkassen über die Abgabe von Arzneimitteln an Krankenkassenmitglieder aus einer Anweisung in eine Kennzeichnung umgewandelt werde und daß die Ausnahmen im Benehmen mit Sachverständigen sorgfältig geprüft werden. Die Verordnung über den Verkehr mit Zahlungsmitteln unter 50 Milliarden M., wodurch die öffentlichen Kassen von der Verpflichtung entbunden werden, Zahlungsmittel in Zahlung zu nehmen, die auf Beträge unter 50 Milliarden Reichsmark lauten, wurde aufgehoben. Zur Verordnung über die Unterstützung der Erwerbslosen und Auszubereitete wurde ein Antrag angenommen, die Reichsregierung zu erlösen, im Sinne des seinerzeit im Reichstag gestellten Antrages zu verfahren, der von den wirtschaftlichen Mitgliedern sämtlicher Parteien befürwortet war. Danach sind Jugendliche bis zu 16 Jahren, die den Familienunterstützungserlösen erhalten, in die Verpflichtung zur Übernahme von Arbeit und zum Besuch der Berufsschule einzubeziehen und der Familienunterstützung für Jugendliche bis zu 16 Jahren ist nicht in bar an die Jugendlichen selbst, sondern an den Haushaltvorstand zu zahlen oder in Form von Befristung dem Jugendlichen selbst zu gewähren. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, erwidert an die Regierung die Anfrage zu richten, wie sie sich zu den Beschlüssen des Fünftzweihundertausches bezüglich der Veronalabgabenverordnung vom 27. Oktober vorigen Jahres zu verhalten gedenkt, insbesondere ob sie dem in Artikel 22a beantragten Überwachungsausschuß zuzustimmen bereit sei.

Der unmögliche Plan Reichbergs.

Paris. Der "Figaro" veröffentlicht mit ausführlichem Kommentar den Reichbergschen Plan, der nach vorläufiger Bearbeitung durch deutsche Juristen Voincaré unterbreitet wurde. Das Projekt ist in 9 Paragraphen gegliedert. Im § 1 wird der französischen Regierung das Recht eingeräumt, unter den deutschen Industrien (Zugmaschinen, Bergbau- und Schiffbau-Unternehmungen) diejenigen auszuwählen, an denen sie sich zu beteiligen wünscht. In Frage kommen nur Unternehmungen, die einen bestimmten, noch festzusetzenden Mindestkapital an Gewinn überschreiten. Diese Mindestkapital werden aus dem in Goldmark umgerechneten Devisen-Umsatz der einzelnen Unternehmungen errechnet. § 2 enthält gleichfalls keine wesentlichen neuen Angaben der von der französischen Regierung gewählten Industrien, den Nominalwert ihrer Aktien um 30% zu erhöhen. Nach § 3 geben die neuen Aktien sofort in den Besitz des deutschen Staates über, der die Entschädigung an die betr. Werte festsetzt. Die Aktien werden dann Frankreich übergeben. § 4 befragt, daß die französische Regierung den französischen Industriellen die betr. Aktien abtreten wird und § 5 bestimmt, daß die deutsche Regierung durch Verleihen der deutschen Unternehmungen die neuen Aktien herauszugeben verpflichtet, bei jeder Kapitalvermehrung innerhalb 30 Jahren 30% des Wertes der französischen Regierung durch Vermittlung der Deutschen anzubieten.

Deutschland verpflichtet sich weiterhin, daß die betr. Aktien innerhalb 30 Jahren nicht zurückgekauft werden können, während sich die französische Regierung ihrerseits verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Aktien außerhalb Frankreich innerhalb 30 Jahren gleichfalls nicht veräußert werden können. Im § 6 heißt es, daß der Betrag der Aktien der französischen Regierung wohl ein Recht auf die deutschen Reparationen, aber kein Recht auf Kontrolle der deutschen Industrie gibt, während die deutschen Aktien, solange sie im Besitz der französischen Regierung bleiben, ein Stimmrecht nur auf Erteilung und Festsetzung der von den deutschen Unternehmungen erzielten Gewinne haben. § 7 bestimmt, daß der Gesamtbetrag der deutschen Aktien, die in den Besitz der französischen Regierung übergeben, durch besondere Vereinbarungen zwischen beiden Regierungen festgelegt werden. Es folgt dann § 8, der bestimmt, daß der Wert der deutschen Aktien dem Deutschen Reich für Rechnung der an Frankreich geschuldeten Reparationen gutzuschreiben ist.

Englisches Kapital für die Goldnotenbank.

London. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat mit führenden Persönlichkeiten der Bank von England und der City über die Teilnahme englischer Finanzkreise an der von ihm vorgeschlagenen Goldnotenbank und an der Rahmungsmitteleinleihe für Deutschland Unterredungen gehabt. Während in offiziellen Kreisen lebhaftes Interesse für eine englische Beteiligung an der Goldnotenbank besteht, wird angesichts der unklaren Haltung der Reparationskommission von englischer Seite bezüglich einer Beteiligung an dem Lebensmittelfeld noch große Zurückhaltung geübt.

Müllerands Veröhnungsakte.

Paris. Sauerwein veröffentlicht im "Matin" eine offenbar aus dem Elisee stammende Mitteilung der optimistischen Worte Müllerands beim Neujahrsempfang. Darin wird ausgeführt, daß der Unterschied zwischen dem 1. Jan. 1924 und dem des vorigen Jahres bedeutend sei. Das Wort "Veröhnung" sei bereits seit 50 Jahren nicht möglich gewesen, solange Deutschland die Frankreich entziehen

Provinzen mit Gewalt festhält. Heute aber hindere nichts mehr Frankreich, sich mit Deutschland zu veröhnen, im Gegenteil, alles rüde einer derartigen Veröhnung näher. Die Auslegung des "Matin" schließt, daß in diesem Jahre Deutschland das Wort habe. Auf jeden Fall sei es möglich gewesen, daß Frankreich nach dem Erfolg der Ruhraktion erklärt, daß es die Rückkehr normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern als unerlässliche Bedingung für einen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau betrachte.

Die Zustimmung Voincarés zum französischen Antwortentwurf.

Paris. Ministerpräsident Voincaré hat gestern dem Text des französischen Antwortentwurfs auf die deutsche Entschädigung vom 24. 12. 1923 endgültig zugestimmt. Der Entwurf wird im Laufe des heutigen Tages dem französischen Vorkommissar in Brüssel vorgelegt, damit er der belgischen Regierung zur Stellungnahme unterbreitet wird. Der diplomatische Redakteur der "Agence Havas" befragt nochmals die von ihm bereits veröffentlichten Angaben über den Inhalt des französischen Antwortentwurfs und fügt hinzu, daß außer den bereits erwähnten Erleichterungen im Verlehen des besetzten Gebietes weitere Maßnahmen, soweit sie durch die Lage gerechtfertigt erscheinen, in Aussicht genommen wären. Die Aushebung der Aus- und Einbürgerungen werde nicht bewilligt werden.

Auch die belgische Antwort in Vorbereitung.

Brüssel. Libre Belgique meldet: Am 2. Januar haben im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten die Beratungen der Antwort auf die deutsche Entschädigung vom 24. Dezember begonnen. Sie dürften die ganze Woche in Anspruch nehmen. Die Verhandlungen mit Frankreich darüber werden nicht vor Ablauf einer Woche aufgenommen werden.

Schwierigkeiten zwischen England und Frankreich.

London. Zwischen England und Frankreich sind in den letzten Tagen ernsthafte Schwierigkeiten bezüglich der Verwaltung der Länder an Rhein und Ruhr entstanden. Frankreich verlangt ein ausgebreitetes Polizei- und Aufsichtrecht über die deutschen Eisenbahnbeamten im Kölner Bezirk, das England nicht einsparnen gemillt ist. Ein weiterer Konflikt ist über die Anwendung der Wiktoria-Verträge auf die Ruhrbergwerke, die völlig in englischen Besitz sind, entstanden. Der Generaldirektor der Gewerkschaft Minconis habe seinerzeit zwar einen Wiktoria-Vertrag unterzeichnet, erklärt aber jetzt, daß er es ablehnen müsse, als Verwalter englischen Eigentums Reparationszahlungen an die französisch-belgische Verwaltung zu leisten.

Amerikanische zur Milderung der deutschen Not.

Das Komitee des Generals Allen in Amerika hat bereits in den ersten Wochen in seiner groß angelegten Propaganda für die Sammlung von Geldern zur Milderung der deutschen Not reichliche Erfolge gehabt. In diesen Tagen in der Vertreter der Quaker, P. T. Wolcott, in Berlin eingetroffen. Er überbringt bereits die ersten Nahrungsmittel, die aus dieser Sammlung stammen. Umfänge 3100 Tonnen Weizen, Reis, Fett, Karaffa und Zucker sowie 35000 Kisten Milch zu je 48 Büchsen sind zum Teil auf dem Wege, zum Teil lagern sie bereits in Hamburg. Das Komitee des Generals Allen hat die Quaker als Ehrenbürger für das gesammelte Geld bestimmt. Es sollen bei der ersten Sammlung 10 Millionen Dollar zusammengebracht werden, und man hofft, in der nächsten Zeit aus dem Erlös der ersten Sammlung die Zahl der zu speisenden Kinder in Deutschland von 500000 auf 1 Million erhöhen zu können. Die Verteilung der Nahrungsmittel in Deutschland ist dem deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe übertragen worden, der auf Grund seiner großen Erfahrungen für die zweckmäßigste Verteilung sorgen wird.

Der Erste Bürgermeister von Hamburg gestorben.

Hamburg. Der Erste Bürgermeister Dr. Dietel ist gestern vormittag gestorben. Anlässlich des Ablebens des Präsidenten des Senats, Bürgermeisters Dr. Dietel, haben sämtliche staatlichen und städtischen Behörden sowie viele Privatbürger Daheim geflaggt. Sämtliche Abendblätter ohne Unterlass der Partei widmen dem Verstorbenen warme und herzliche Nachrufe. Der Reichspräsident hat auf die Nachricht vom Tode des Ersten Bürgermeisters von Hamburg Dr. Dietel folgendes Beileidsgramm an den Senat geschickt: Zu dem schweren Verluste, der Senat und Vaterland der Freien und Hansestadt Hamburg durch das plötzliche Ableben des Präsidenten des Senats, Herrn Bürgermeisters Dr. Dietel, betroffen hat, beehre ich mich, meine aufrichtige Teilnahme auszusprechen zugleich mit der Bitte, auch der Familie des Verstorbenen die Versicherung meines herzlichsten Beileids zu vermitteln. Das Andenken des von Hamburg wie um das Reich hochverdienten, trefflichen Mannes wird in Deutschland in Ehren bestehen bleiben.

Große Hindernisse für die Schifffahrt durch Eisbildungen.

Kopenhagen. Die durch den anhaltenden Frost eingetretenen Eiswierigkeiten nehmen jetzt größeren Umfang an. An vielen Stellen der Küsten liegen kleinere Schiffe im Eis fest. In den tiefsten Häfen können Frachtschiffe nur noch mit Hilfe der Eisbrecher ein- und auslaufen. Alle vorhandenen Eisbrecher sind in Tätigkeit, darunter auch erstmalig der neue starke Eisbrecher "Jydern". Auch in der offenen See beginnt jetzt die Eisbildung. Man rechnet beim Anhalten der kalten Witterung mit großen Hindernissen für die Schifffahrt.

Tagesgeschichte.

Die Streikfrage in der Berliner Metallindustrie. Die letzten Verhandlungen zwischen den Metallarbeitern und dem Verband Berliner Metallindustrieller zur Regelung des Streikfalls sind ohne Erfolg geblieben, doch werden neue Versuche gemacht, doch noch in einer Einigung zu kommen. Für diesen Zweck sind für heute neue Verhandlungen geplant.

Der Fall des Thüringer Innenministers. Der Thüringische Innenminister Hermann ist auf Antrag des Weimarer Oberstaatsanwalts in das Weimarer Untersuchungsgefängnis überführt worden. Die Untersuchung gegen ihn soll mit allergrößter Beschleunigung durchgeführt werden.

Eröffnung der Athener Nationalversammlung. Das meliet aus Athen, daß Oberst Makris bei der letzten Sitzung der Nationalversammlung eine laune Rede hielt, in der er ausführt, daß erst nach dem Wabstlage die Revolution es für richtig halte, dem König anuraten, daß er sich vorläufig zu entfernen habe. Nach der Lösung der Rede teilte die Regierung mit, daß sie ihre Demission einreicht. Nach dem Weggange des Obersten brach starker Lärm aus. Schließlich wurde die Sitzung auf Sonnabend vertagt.

Arbeitsniederlegung in Düsseldorf. In den Hauptzweigen des Transportgewerbes, des Kohlenhandels, des Lebensmittel-Großhandels, der Daten- und Landbesitzung sowie des Eisenhandels haben nach der „Rhein. Sta.“ die Arbeitnehmer in Düsseldorf einen Streik für den 1. Januar 1924 ab dem in den letzten Dezemberwochen abgelehnt und außerdem die Arbeit niedergelegt. Der Streik in den genannten Gewerben ruht.

Nur die Grundbesitzer des Ruhrbergbaus wurde gestern unter dem Vorhild des Reichs- und Staatskommissars Meißel ein Schiedsgericht errichtet, der die Gehälter auf Goldgrundlage mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab geregelt. Das Durchschnitts- und Mindestlohn wird auf 17 M. je Monat festgelegt. Die erste Hauptgruppe des Tarifvertrages für die technischen Angestellten wird durch die Gruppe der Abteilungsleiter erweitert; das Gehalt dieser Gruppe beträgt 200-250 M. Das Gehalt der Grundbesitzer beträgt 160-235 M. im Monat, das der kaufmännischen Angestellten der Klasse A 150-220 M. Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt durchschnittlich 10 M. je Monat. Der Fiskus erklärt, vom 1. Januar 1924 ab den im Betriebe beschäftigten technischen Beamten eine Leistungslage von 5-15% im Monat gewähren zu wollen. Erklärungsfrist bis Montag, 7. Januar.

Coolidge und die deutschen Auslandsangelegenheiten. Nach einer Meldung aus Washington hatte der Präsident Coolidge eine Unterredung mit Robinson, einem Delegierten im Unterhause, zur Ermittlung der deutschen Auslandsangelegenheiten.

Volksgerichtsurteil gegen Verfallungsdröcker. Vor dem Volksgericht München II hatten sich gestern 14 Kommunisten und Kommunistinnen aus dem Verfallungsdröcker-Bereich zu verantworten, die am 1. August v. J. einen vaterländischen Festabend des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes gesprengt hatten. 7 Angeklagte erhielten Strafen von 3 bis zu 6 Monaten Gefängnis, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. — Das Volksgericht München I hat gegen den im Jahre 1900 in München borenen Grafen Carl du Moulin-Echbart Haftbefehl wegen Hochverrat erlassen.

Ablehnung der griechischen Dynastie. In einer geheimen Beratung der republikanischen Partei mit den Vereinigten wurde vereinbart, in der ersten Sitzung des Parlaments die Abdankung der Dynastie auszusprechen. Wenigstens dürfte aber noch Einwände erheben und die Entscheidung verschoben werden.

Anerkennung der Sowjetrepublik in Polen. Der Leiter des Außenministeriums, Bertoni, teilte dem Sowjet-Botschafter Scholinski mit, daß der Staatspräsident sein Begehrungsbüro als Botschafter der Sowjetstaatsrepublik heute in Empfang nehmen wird.

Großes amerikanisches Flotten-Manöver. Nach einer Meldung aus London werden im Januar und Februar Flottenübungen der amerikanischen Flotten des Stillen und Atlantischen Ozeans stattfinden. An den Manövern beteiligen sich 15 Panzer-Kreuzer, 4 Kreuzer, 63 Torpedoboots-Befehrer, 11 Unterboote, 887 Hilfschiffe, 103 Minenwerfer und zahlreiche Schleppdampfer.

Eisenbahnunfall in Duisburg. Gestern vormittag gegen 10 Uhr stieß ein auf dem hiesigen Hauptbahnhof in Bahnhofs 1, Gleis 2 einziehender, aus Dortmund kommender

der Personenzug auf einen dort haltenden Personenzug auf. Ein Personenzug des Personenzuges wurde vollständig zerstört; einige andere Wagen sind entsetzt. Ein am Ende des Personenzuges stehender Wagen hatte 5 Pferde geladen, von denen eins so schwer verletzt wurde, daß es abgetötet werden mußte. Drei Personen wurden als verletzt gemeldet und dem Krankenhaus angeführt.

Zurückberufung des Generalstabes nach Mainz. Die nach einer Haus-Meldung aus Düsseldorf verlautet, wird der Generalstab der Heeresarmee in der ersten Januarhälfte von Düsseldorf nach Mainz zurückverlegt. Dasam werde General Degoutte seine Kommandostelle in Düsseldorf beibehalten. Die verschiedenen Stabstellen in Düsseldorf werden umaruppiert und dort bleiben.

Verkehrsbeschränkung wegen Schneeverwehungen. Die Reichsbahnverwaltung teilt mit: Wegen Schneeverwehungen ist der gesamte Eisenbahnverkehr auf den bereits gemeldeten auch auf folgenden Strecken eingestellt worden: Heilbrunn — Gannau — Goldberg, Schwelbisch — Rodermis, Heilbrunn — Strehlen, Reike — Krottau, Krottau — Strehlen, Grottau — Neumittelwalde.

Einberufung des Reichseisenbahnrates. Der Reichseisenbahnrat tritt voraussichtlich in der nächsten Woche zusammen, um über Mängel, Art und Umfang einer Ermäßigung der Eisenbahntarife zu beraten. Die für diese Beratung notwendigen Vorlagen und Unterlagen werden im Reichsverkehrsministerium bereits vorbereitet.

Die Parlamentskrise in München.

Der Hauptauschuh des bayerischen Landtages trat gestern vormittag zur Verabschiedung der Anträge zusammen, die mit dem Antrage auf Landtagsauflösung zusammenhängen. Die bayerische Volkspartei gab eine Erklärung ab, wonach sie auf der bedingungslosen sofortigen Auflösung des Landtages besteht. Die anderen Parteien wiesen den Vorwurf zurück, als ob durch ihre Anträge die Auflösung des Landtages verschleppt worden ist und erklärten, daß im Gegenteil das Vorgehen der bayerischen Volkspartei daran Schuld trage. Die Regierung ließ erklären, sie habe sich mit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes nicht abfinden können, sondern nach dem Verlangen des Landtages alle Maßnahmen zur Rettung des Staates und zur Befehung der finanziellen Krise getroffen. Der Finanzminister gab einen Überblick über den eingeleiteten Verwaltungs- und Personalabbau.

Ein Ermächtigungsgesetz in Bayern. Um den großen Schwierigkeiten zu begegnen, die durch die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes entstanden sind, hat die bayerische Volkspartei eine Art Ermächtigungsgesetz durch einen im Verfassungsausschuh des Landtages eingebrachten Antrag vorgeschlagen. Der Landtag soll damit einberufen sein, daß die Staatsregierung die Gliederung der Verfassung der Gemeinden und Gemeindeverbände ändert, wirtschaftliche Betriebe des Staates in Gesellschaftsform überführt und zu diesem Zweck von den Befugnissen des Paragraphen 64 der bayerischen Verfassung und des Artikels 48 4 der Reichsverfassung Gebrauch macht. Die bayerische Regierung hat sich bereits für diesen Antrag ausgesprochen.

Dr. Benedikt neue Englandreise.

Englische Blätter, darunter der „Daily Telegraph“, zeigen an, daß der tschecho-slowakische Außenminister Dr. Benedikt im Januar nach London kommt. Es wird so verstanden, daß er die Absicht habe, der englischen Regierung den Abschluß des französischen Vertrages zu erklären. Hier wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Reise nach London schon im September in Paris im Rate des Völkerbundes beschloffen wurde, weil das ungarische Komitee die Angelegenheit der ungarischen Auslandsangelegenheiten und des Sanierungsprogramms in London verhandeln will. Die Reise hängt also mit dem französischen Vertrage nicht zusammen.

Nachbestellungen!

auf Januar 1924 zum Besitze des Michael Tagesblattes durch die Post werden jederzeit in der Tagesblatt-Geschäftsstelle Riesa, Poststr. 59 angenommen

Vom Vermissten Aufschluß „Tyrannen“.

V Paris. Nach einer Meldung des Echo de Paris aus London ist gestern Abend ein Junker aus der Seepräfektur von Biersa aufgenommen worden, demzufolge gestern im Meer ein Boot mit aufgefunden wurde, auf dem vier Personen ums Leben gekommen waren. Der Junker hätte von der verloren gebliebenen Dismittel herrühren. Der Berichtstatter gibt diese Nachricht mit allem Vorbehalt wieder.

Die gesamte Belegschaft der Mannesmann-Werke kritisch entlassen.

Am 24. Dezember 1923 hat der Reichseisenbahnrat, die Leitung der Mannesmann-Werke, Abteilung Wasserwerke, auf den Beschluß der freigewerkschaftlichen Metallarbeiter bin, nur acht Stunden zu arbeiten und dann die Arbeitstellen zu verlassen. Heute bekanntgegeben, unter diesen Umständen werde die Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes sowie eine wirtschaftliche Arbeit unmöglich gemacht; die Leitung des Werks habe sich daher gezwungen, den Betrieb vom 3. Januar an vollständig zu schließen und die gesamte Belegschaft kritisch zu entlassen. Auch die Vertreter des christlichen und des deutsch-türkischen Metallarbeiterverbandes haben erklärt, daß sie sich dem Komplex der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter anschließen würden.

Deutsch-polnischer Notenausgleich wegen der polnischen Wanderarbeiter in Mecklenburg.

Am 24. Dezember 1923 hat der Polnische Gesandte in Berlin im Auswärtigen Amt eine Note überreicht, in der Beschwerde geführt wird über die von dem Mecklenburgischen Innenministerium angeordnete Durchführung des Rückführungsvertrages gegen die ausländischen Wanderarbeiter in Mecklenburg, da dadurch zahlreiche polnische Staatsangehörige arbeitslos worden seien, ihren Besitz zu verlieren, und da ferner für den Rücktransport in technischer und gesundheitlicher Hinsicht keine hinreichende Vorkehrungen getroffen worden seien. Anlaß werden in dieser Note Repressalien gegen die polnische Seite angeführt.

In der deutschen Antwortnote vom 31. Dezember 1923 ist demgegenüber darauf hingewiesen worden, daß die betreffende mecklenburgische Verordnung bereits vor Wochen erlassen abgemildert worden ist, was der Polnische Gesandtschaft auch mitgeteilt worden war, so daß wenigstens neun Sehtel der polnischen Wanderarbeiter in Mecklenburg verbleiben sind. Auch von den Abgehenden, deren Zahl die Polnische Gesandtschaft auf 15000 besetzt, dürfte die Mehrzahl freiwillig nach Polen zurückgewandert sein. Allen Abgewanderten werde ferner die Rückreise nach dem 15. Februar 1924 frei. In Fällen, wo wirtschaftliche Schäden durch Verschleuderung von Besitz eingetreten seien, wird die Bereitwilligkeit, Schadenersatz zu leisten, zum Ausdruck gebracht, unter der Voraussetzung, daß Repressalien von polnischer Seite unterbleiben.

Der sächsische Staat als Schöpfer neuer Inflation?

Die „Berliner Vorzeitung“ wendet sich unter der Überschrift „Der sächsische Staat als Schöpfer neuer Inflation?“ gegen die vom sächsischen Finanzministerium beauftragte Herausgabe von auf Rentenmarkt laudenden und auf den Inhaber ausgetheilten Schaganweisungen und schreibt:

Der Freistaat Sachsen gibt durch das Finanzministerium auf Rentenmarkt laudende und auf den Inhaber gestellte Schaganweisungen aus, die in Serien eingeteilt sind. Sie lauten über 5, 10, 20, 50 und 100 Rentenmark, sind am 31. Dezember 1923 fällig und werden durch die Landeshauptkasse in Dresden eingelöst. Für die Schaganweisungen hat der sächsische Staat die gesamte Reihe des Freistaates Sachsen an Bild, Pergamenten usw. Der Anspruch auf eine Schaganweisung erlischt, wenn sie nicht binnen vier Jahren nach Fälligkeit zur Einlösung vorgelegt wird. Die Schaganweisungen werden von der Landeshauptkasse nach Maßgabe des aufstrebenden Kreditbedarfes in Verkehr gebracht. Außerdem werden sie durch sämtliche Kreditanstalten der sächsischen Staatsbank abgesetzt. Die staatlichen Kassen nehmen die Schaganweisungen zum Nennwert an Zahlungsmittel an. Wenn auch die zunächst zur Ausgabe gelangende Serie I nur 5 Millionen Rentenmark beträgt, so ist doch der hier eingeschlagene Weg a u s e r o r d e n l i c h b e d e u t l i c h z u b e z e i c h n e n. Das Bedenkliche liegt nicht in der Ausgabe von Rentenmarktschaganweisungen an sich, sondern in der Art der Stückelung. Das

Auf Hesselbörde.

Roman von Fritz Gause.

3. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Er wußte nicht, ob er sie schon je in dieser Vollkommenheit gesehen. Auf Bildern vielleicht, in Statuen. Aber als lebendes Wesen? Nein. — Eine Germania vom reinsten Typ war das. Freia. Eine Edelin. Den raffinen Kopf schmückte die schwere Fülle goldblonden Haares, in dessen seidenscheinem Gewir sich gerade ein Sonnenstrahl verfang. Das tiefblaue Auge blickte in herbem Stolz und gab einem gewissen Ersauern Ausdruck, unerwartet einem fremden Manne zu begegnen. Etwas wie Bestürzung löste ihn ab. Eine peinliche Verwirrung legte sich auf die Züge des feingehäuteten Gesichts und zeichnete eine leise Rote auf das zarte Oval der Wangen.

„Verzeihung!“ bat sie. „Ich glaubte niemand in diesem Gemache.“

Das weiche Organ entzückte Joachim. Ein warmer Ton war ihm eigen, etwas Feines, Gutes klang in ihm auf. Er hätte es immerfort hören mögen. Ebe es ihm möglich war, zu erwidern, war sie schon hastig zurückgetreten und hatte die Tür geschlossen.

Joachim stand regungslos. Wie eine Vision war das alles gewesen. ... Noch schienen die Wellen eines süßen, feinen Dulces durch den Raum zu schweben, leise, zarte Schwingungen der gesprochenen Worte nachzujittern. Wie betäubt war der Sinn Joachims. ...

Die schwammernde Stimme James Standfords rüttelte ihn zurecht.

„Der Herr Kommerzienrat lassen bitten, Herr Baron.“ Joachim von Brandt hatte diesen James Standford erwürgen mögen, daß er ihn so läch aus einer Stimmung riß, die wie ein Glück war, ein unbewußtes. Wie eine Offenbarung von Dingen, die über dem Dunstkreis der Mütigkeit in reinen, lichten Höhen ihre Heimstatt haben. Und nun war er wieder ganz im Bann dieser Unmöglichkeit. ...

Ein kleiner, etwas zu starker, beweglicher Herr empfing ihn in der hellen Weite seines Arbeitszimmers, dem der Duft starken Tabaks anhaftete, mit der zuvorkommenden Miene des Geschäftsmannes und bat um Entschuldigung, daß er habe warten lassen müssen. Und dann sofort nach dem Blickandersehen die Frage: „Womit kann ich dienen, Herr von Brandt?“

Er tagelte während seiner Erfindung seinen Besucher auf die Art seines Anliegens. Trotz aller weltmännischen Gewandtheit und Sicherheit des Ausdrucks Joachims bemerkte er sofort eine gewisse Verlegenheit

in seinen Zügen. Offenbar handelte es sich also um eine Sache, deren Erklärung dem anderen peinlich war. Er dachte an ein Darlehen, sah sich aber enttäuscht, als Joachim sagte: „Ich las gestern Ihr Inserat in der F-Zeitung und möchte deswegen mit Ihnen unterhandeln, Herr Kommerzienrat. Hoffentlich komme ich nicht schon zu spät.“ Etwas wie Angst stand in Joachims Augen.

Herr Georg Wilhelm Burmann lehnte sich gelassen in seinen Schreibstisch zurück und lächelte.

„Man sollte nicht meinen, was für Wunderlinge eine Zeitung zuwege bringt. ... Sehen Sie hier“ — er hob Joachim einen Stoß Briefe halb über den Schreibtisch hin und schlug leicht auf den angedruckten Paden — „fünfunddreißig Angebote. Sie machen mit Ihrem mündlichen also das dritte Duzend voll. Ist es nicht fabelhaft, was man durch das hochentwidelte Inseratenwesen der heutigen Zeit erlebt?“

Joachim beachte diese Abschweifung äußerst überflüssig. Ihn interessierte höchstens, daß er bereits an sechsunddreißig Stellen stand und wohl „Außenleiter“ sein würde. Für einen Augenblick schen ihm die Kniele wie zugeschnitten. Erst nach geraumer Zeit konnte er hervorpresien: „Gewiß, Herr Kommerzienrat. ... Aber Sie haben noch keine Entscheidung getroffen?“

„Allerdings nicht.“ stimmte der Kommerzienrat zu. „Ich habe die Briefe noch nicht mal alle gelesen. Der größte Teil lief erst heute morgen ein. ... Aber nun zu Ihnen. Es handelt sich doch wohl um ein Ihnen gehöriges Bestium, das Sie mir zum Kauf anbieten?“

„Gewiß.“ entgegnete Joachim und sah an dem Träger vorüber.

„Im mein Gut Hesselbörde, das zum größten Teil im Hannoverschen liegt.“

„O.“ sagte Herr Burmann, „das dürfte überhaupt nicht in Frage kommen. Ich hatte an eine so weite Entfernung von Berlin nicht gedacht.“

Joachim verzürte sich. „Es ist nicht so schlimm mit der Entfernung. Hesselbörde liegt im äußersten Osten der Provinz.“

Der Kommerzienrat wiegte den Kopf. „Immerhin. Sehen Sie, verehrter Herr von Brandt, ich muß mich von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen: Meines Geschäftes wegen kürzeste Entfernung von Berlin. Da ich den Kauf im Interesse meiner einzigen Tochter plane, die, ich will sagen, die Marotte hat, auf einem mir gebührenden Landgute ihre angegriffene Gesundheit wiederherzustellen, möchte ich viel Wald. Kleinerwald, Hochwald.“

Joachim sah lebhaft interessiert auf. War diese Tochter mit der „Marotte“ jenes schöne Mädchen, das ihm vorhin gegenüberstanden? Das war wohl kaum

möglich. Diese stolze, gesunde Erscheinung ließ ja den Gedanken an Krankheit gar nicht zu. Aber Burmann hatte doch von seiner einzigen Tochter gesprochen. Und es gab ja auch Gemütskranken. ...

„Mein Gut ist waldreich.“ betonte Joachim. Er hatte die Empfindung, daß er alles versuchen müsse, um der schönen Tochter seines Gegenüber zur Befriedigung ihrer „Marotte“ durch den Verkauf seines Gutes zu verhelfen. „Hm!“ Der Kommerzienrat sah überlegend auf seine aneinandergelegten Fingerringel und polierte den einen von ihnen mit halt. „Eine Frage: Aus welchem Grunde wollen Sie verkaufen?“

Joachim erhob sich in offenkundiger Verlegenheit. Eine Blutwelle schloß ihm in die Stirn. Er lehnte sich gegen den Schreibtisch. Dann riß er sich zurecht. Mit fähler Ruhe sagte er: „Weil ich muß, Herr Kommerzienrat. Ich bin verschuldet.“

Die grauen Augen Burmanns musterten das Gesicht seines Besuchers. Die Offenheit imponierte ihm.

„So“, sagte er nur ganz gelassen. Und dann nach einem langen Schweigen: „Es ist Ihnen nicht mehr möglich, sich zu rangieren?“

„Nein.“ Scharf und hart. Wie im Zorn. Danach nahm er wieder Platz, deutete sich vor und sagte: „Erlauben Sie mir eine offene Schilderung meiner Lage. Ich liebe es nicht, zu bemänteln, sondern nenne die Dinge am liebsten beim richtigen Namen. Sie gestatten mir die Darlegung meiner Verhältnisse, Herr Kommerzienrat?“

„Ich bitte darum, verehrter Herr von Brandt!“

Mit kurzen Worten gab Joachim ein klarlegendes Bild, und Burmann wußte danach: Es gehört ihm keine Ackertrume mehr von Hesselbörde.

„Sie wollen also verkaufen, um die Substation zu vermeiden?“ fragte er, als Joachim schwieg.

„Gewiß!“

„Und für Sie bliebe, soweit ich Ihre ziffermäßigen Angaben im Augenblick übersehen kann, nicht viel übrig?“

„Eine geringe Summe, allerdings. Im besten Falle zehntausend Mark. Hoffentlich wenigstens so viel, daß ich imstande bin, mir damit irgend eine bescheidene neue Existenz zu gründen. Ich denke daran aber erst in zweiter Linie. Vor allem kommt es mir darauf an, den Stammes meiner Familie auf möglichst anständige Weise verlassen zu können. Durch ein Zwangsverfahren möchte ich mich nicht vor die Tür setzen lassen.“

Burmann war aufgestanden und neben seinem Schreibtisch einige Male hin- und hergegangen. Joachim beobachtete ihn mit gespannter Aufmerksamkeit. Er wußte nicht, wie er den Gesichtsausdruck des Kommerzienrats deuten sollte. Soviel er zu sehen glaubte, wanden die Augen für ihn ...

Nach hat, um den dringenden Bedarf in der Lebensmittelpolizei befriedigen zu können, den Versuch gemacht, ebenfalls durch Ausgabe von Rentenmarktschuldscheinen die erforderlichen Mittel zu erhalten. Durch die Begrenzung des nominalen Betrags auf mindestens 500 Rentenmark ist hier die Gewähr gegeben, daß die einzelnen Stücke nicht als Zahlungsmittel verwendet werden. Allerdings steht dem Absatz dieser Reichsrentenmarktschuldscheine trotz günstiger Bedingungen der Mangel an Kapital entgegen. Bei den Rentenmarktschuldscheinen des Reiches ist zudem nur eine Laufzeit bis zu 3 Monaten vorgesehen. Der freizügige Verkehr stellt die jetzt zur Ausgabe gelangenden Rentenmarktschuldscheine in Beträge bis zu 5 Rentenmark herab. Dabei ist nun zu befürchten, daß diese Schuldscheine als Zahlungsmittel Verwendung finden und als solche zunächst im Verkehr bleiben. Es muß daher mit allem Nachdruck verlangt werden, daß diese Möglichkeit auf neuem Wege die im Fluße befindliche Währungsreform zu unterstützen, unterbunden wird. In die Reichsregierung muß die dringende Mahnung gerichtet werden, Mittel und Wege zu suchen, die es verhindern, daß das sächsische Beispiel einer beschränkten Kreditbeschaffung nicht in anderen Ländern Schule macht. Der Minister der sächsischen Regierung ist unbedingt wieder aufzumachen. Unseres Erachtens verlohnt die Ausgabe der sächsischen Rentenmarktschuldscheine zudem gegen die stammlos anzuwendenden Bestimmungen des Gesetzes über die Ausgabe und Einlösung von Reichsbanknoten vom 17. Juli 1923. So heißt es dort im Paragraphen 2: „Marken, Münzen, Schecks oder sonstige Urkunden, die auf einen Geldbetrag lauten, dürfen fortan nicht zu dem Zwecke ausgegeben werden, als Reichsbanknoten verwendet zu werden.“ Wir hoffen, daß das Reichsministerium schleunigst Schritte gegen die Mahnung der sächsischen Behörde ergreifen wird, um Schlimmeres zu verhüten.

Vertikales und Sächsisches.

Mittheilung, den 4. Januar 1924.

Schulferienverlängerung. Wegen Ersparnis von Schulmaterial werden die Weihnachtsferien an den sächsischen Volks- und Berufsschulen, sowie an der Oberrealschule bis zum 12. Januar 1924 verlängert, sobald der Wiederbeginn des Unterrichts Montag, den 14. Januar, erfolgt. (Siehe auch amtliche Bekanntmachung in vorl. Tagesblatt-Ausgabe.)

Einkommensteuer. Bis zum 10. d. M. ist eine Abschlußabgabe auf Einkommensteuer für das Jahr 1923 zu entrichten. Sie beträgt gleichmäßig 40 Goldpfennig für je 1000 Mark der veranlagten Einkommensteuer für 1922. Soweit ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr der Besteuerung für 1922 zugrunde gelegt hat, wird die Steuer veranlagt, wenn der Abschluß vor dem 1. Juli 1923 lag. Zahlung zu leisten haben die Steuerpflichtigen, die geleglich verpflichtet waren, auf die Einkommensteuer des Jahres 1923 erhöhte Vorauszahlungen zu leisten.

Berechnung der Steuer für Hausangehörige. Bei dem Einkommensteuergesetz, der bis zur Einführung der Rentenmark in Deutschland herrschte, war die Berechnung der Steuer für Hausangehörige eine ziemlich schwierige Sache. Mit Beginn des neuen Jahres ist nun zur Freude aller Hausfrauen, die noch in der Lage sind, sich einen oder gar mehrere dienstbare Geister zu halten, eine radikale Änderung eingetreten. Fast 90 Prozent aller Hausangehörigen werden überhaupt keine Steuern zu bezahlen haben. Anstelle des Einkommensmultiplikators ist für die Berechnung der Sachbezüge die Zahl 20 getreten. Die freie Station, also Verpflegung und Wohnung, wird mit 20 Goldmark bemessen. Hierzu tritt dann der Barlohn. Da 50 Mark für jeden Steuerpflichtigen frei bleiben, ergibt sich, daß alle Hausangehörigen, die einen Monatslohn von nicht mehr als 30 Mark beziehen, völlig steuerfrei sind. Erhält eine Hausangestellte 40 Mark monatlich, so belaufen sich die gesamten Bezüge auf 60 Mark, wovon 50 Mark steuerfrei sind. Für 10 Mark werden 10 Prozent Steuer erhoben, jedoch eine Steuermarkte von einer Mark in die Steuerkarte einzuflechten ist. Bei höherem Lohn erhöht sich natürlich auch der Steuerbetrag entsprechend.

Die Personalabbauplanung. Die Regierung äußert sich in einem durch die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreiteten Schriftstück in ähnlicher Weise, wie es Ministerpräsident Heßlich im Landtag tat. Es heißt in der Veröffentlichung: „Mit dieser sächsischen Verordnung über den Personalabbau hat die Regierung durchaus nicht der Entscheidung des Landtags, dem ja die Gesetzesvorlage zur Verabschiedung vorliegt, vorgegriffen. Die Regierung hofft, daß der Landtag die Gesetzesvorlage baldmöglichst verabschiedet, so daß die Verordnung über den Personalabbau wieder außer Kraft treten kann.“ Gegenüber dem in einer Reihe von Zeitungen erhobenen Vorwurf, daß die sächsische Regierung in auffälliger Schnelligkeit den Personalabbau betreibt, weist die Regierung darauf hin, daß Sachverhalte wohl das einzige Land ist, das diese Materie durch Gesetz regelt. Dem Landtag werde also in Sachen viel mehr Bestimmungsrecht eingeräumt, als in anderen Ländern. Das Gesamtkabinet habe übrigens ausdrücklich sein Einverständnis erklärt, in Sachen die Entlassung der Angestellten und Beamten auf keinen Fall in schnellerem Tempo als in anderen Ländern erfolgen zu lassen. — Ueber die geplante Dienstenthebung der Kreisbauern Dr. Wörge (Wisdau) und Lange (Weipitz) erklärt die Regierung, daß es sich bei den Kreisbauern um Beamte handelt, die über 60 Jahre alt sind und damit in erster Linie unter die Abbauvorschriften fallen, da nach den Reichsvorschriften alle Beamten über 58 Jahre aufgebahrt werden sollen, freiwillig in den Ruhestand zu treten.

Die Präsidenten des Evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats wieder im Dienst. Bekanntlich hatte die sächsische Regierung auf Grund des sächsischen Altersgrenzengesetzes die Pensionierung des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Evangelisch-lutherischen Landeskonfessionsrats verfügt. Nachdem das Reichsgericht entschieden hat, daß die Anwendung des genannten sächsischen Gesetzes auf die Mitglieder des Landeskonfessionsrats mit Artikel 173 der Reichsverfassung nicht vereinbar ist, haben Vizepräsident D. Dr. Böhm und Präsident D. Dr. Jhmels mit Beginn des neuen Jahres ihre Amtsverhältnisse wieder übernommen.

Eisenbahn-Ausnahmetarife. Der für bestimmte Lebensmittel eingeführte Kottarif, dessen Gültigkeit am 31. Dezember 1923 abläuft, ist bis 29. Februar 1924 verlängert worden. Dagegen ist am 31. Dezember der Ausnahmetarif für frisches Obst in Wagenladungen und Stückgut ohne Ertrag aufgehoben worden. Für frische Kartoffeln in Wagenladungen, nicht an industrieller Verarbeitung bestimmt, ist am 1. Januar 1924 ein neuer Ausnahmetarif unter Aufhebung des alten in Kraft getreten, der an Stelle der bisherigen Frachtkategorie von 80 Prozent, nur noch eine Ermäßigung von 50 Prozent gegenüber der normalen Fracht aufweist.

Essigsäure löst sich. An vielen Tachennungen hängen Essigsäure, die für die darunter gehenden Fußgänger eine Gefahr bilden. Dauerbesitzer seien auf diese Gefahr aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, im eigenen Interesse (Galtspflicht), wie dem der Passanten für baldige vorläufige Abhilfe Sorge zu tragen.

Postwertzeichen in Rollen. Wie die Handelskammer Chemnitz erfahren hat, steht die Ausgabe von Postwertzeichen in Rollen in Berlin am 2. d. M. und

Für nächste Woche

werden Neubestellungen auf das Meißner Tageblatt zum Besage durch Zeitungsboten (zur Vermittlung) in der Tagesblatt-Geschäftsstelle Goetbeke 59 angenommen.

20 Pfennigen in den nächsten Tagen bevor. Die Verteilung erfolgt nach den von den einzelnen Postämtern ausgehenden Bestellungen.

— Das neue Jahr, in das wir nunmehr eingetreten sind, ist ein Schaltjahr von 366 Tagen. Fastnacht fällt auf den 4. März, Ostern auf den 20. und 21. April, Dimmelfahrt auf den 20. Mai, Pfingsten auf den 8. und 9. Juni.

— Die Vögel, die den Winter über bei uns bleiben, haben jetzt schlimme Zeiten. Ihr gefährlichster Feind ist nicht die Kälte, sondern der Schnee, der ihnen die Nahrung verdeckt. Darum suchen nicht nur die Sperlinge, sondern auch Meisen, Hauselstehen und Krähen die Nähe der menschlichen Wohnungen auf, um auf Erden und Abfälle zu warten, die ihnen Hunger dienen. Mitleidige Seelen vergessen die Vögel im Winter nie.

Streitigkeiten. Für die zur Erledigung gelangende sächsische Bürgermeisterei sind 65 Gesuche eingegangen. Auf die ebenfalls erledigte Sparfassen-Kassierstelle rekrutieren 25 Gesuchsteller. Die Kassierstellen wurde Assistent Flohrer hier übertragen. — Oberlehrer Dahn in Oppitz konnte am 28. Dezember sein 25-jähriges Ortsjubiläum begehen.

Beißig a. M. Am 1. Januar vollendeten sich 25 Jahre, seit Herr Hermann Ledmann als Vorstand an der Spitze unserer Gemeinde trat. Aus diesem Anlaß überreichte der Gemeindevorstand im Beisein des Gemeinderates am Neujahrstage dem Geehrten eine feierlich ausgestattete Urkunde unter Glas und Rahmen, die folgenden Wortlaut hatte: Die Gemeinde Beißig a. M. widmet ihrem treuverdienten Gemeindevorstand, Herrn Hermann Ledmann, anlässlich seines 25-jährigen Amtsjubiläums diese Ehrenurkunde. Der Gemeindevorstand.

Dresden. Die fünf bürgerlichen Listen, die zur Stadtverordnetenwahl in Dresden eingegeben worden sind (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Mittelständler und Hausbesitzer), haben beschlossen, ihre Listen untereinander zu verbinden, damit keine bürgerlichen Stimmen verloren gehen. Die Brantenliste, die sich als neutral bezeichnen, ist nicht angeschlossen, ebenso nicht die Liste der Sozialdemokraten, die ausdrücklich hervorhebt, daß sie weder bürgerlich noch marxistisch sind. Außerdem markieren getrennt die SPD, die Unabhängige Partei und die Kommunistische Partei; alles in allem zehn Listen.

Am 27. Dezember verstarb zu Rom im Alter von 74 Jahren Sr. Erlebens Ernst Freiberger v. Schönberg, Rothschönberg, Königl. Sächs. Kammerherr, Geh. Kammerer des Königs, Herr am Ballhaus bei Weizen.

Bauen. Dem Wirtschaftsgeschehen Michaut in Deutenberg bei Göda wurde nach dem Gemüsse einer Sperle unwohl. Auf dem Wege nach dem Baugener Stadtkrankenhaus verstarb er. In Verbindung mit diesem Todesfall soll bereits eine Verhaftung erfolgt sein, da ein Giftmordanschlag vermutet wird.

Bittau. Beim Aufspringen auf den fahrenden Zug tödlich verunglückt ist auf der Strecke Bittau-Regau die 44 Jahre alte Anna Fritsch. Sie fiel auf die Gleise und wurde von den Rädern bis zur Schulter buchstäblich in zwei Teile zerschnitten.

Ramenz. Vom 2. Januar ab hat in den hiesigen Glasbläserwerken die 10-tägige Arbeitszeit Geltung erhalten; für die Dienarbeiten beträgt die Arbeitsdauer 8 1/2 Stunden.

Annaberg. In Anbetracht seiner Verdienste um die Stadt wurde Stadtrat Ernst Koch zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Er ist 30 Jahre Mitglied der sächsischen Kollegen. Ganz besondere Verdienste hat er sich um den Naturschutz und den Vögelberg erworben. Vor dem Kriege war Stadtrat Koch viele Jahre als Landtagsabgeordneter tätig.

Chemnitz. Am Dienstag abend scheuten aus unbekannter Ursache vor einer in der Altstadt gelegenen Schantwirtschaft zwei vor einen Veronesenklitten gespannte Pferde. Sie ließen die Distanz entlang und prallten unterwegs mit dem Schlitten gegen einen Gasbehälter, wobei der Schlitten in Trümmer ging. Eines der Pferde blieb dabei stehen, während das zweite weiterlief und auf der Hammerstraße von Fußgängern aufgehalten wurde. Von den Pferden wurden 4 Verlesungen umgerissen, zu Boden geschleudert und mehrfach verletzt.

Frankenberg. Auf Grund des Beamtenabbaugesetzes hat der Stadtrat am 31. Dezember sämtlichen Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen für Ende Januar 1924 die Entlassungen bekanntgegeben.

Vermischtes.

Explosionsunglück in Magdeburg. Am Mittwoch nachmittag gegen 3 Uhr explodierte in einer Kesselfabrik in der Königsborner Straße in Magdeburg ein großer Aepfelfestel. Zwei Arbeiter wurden getötet, ein Arbeiter leicht verletzt. Genauere Angaben über die Ursache der Explosion lassen sich noch nicht machen, da der Lieberlebende nicht vernehmungsfähig ist und andere Versionen zur Zeit der Explosion nicht anwesend waren. Die Explosion, die unter einer weithin vernehmbaren Detonation stattfand, muß sehr stark gewesen sein, da die beiden getöteten Arbeiter durch das Dach des Raumes geschleudert wurden. Das Dach und die sehr massiven Mauern wurden niedergerissen.

Ein Vatermord in Berlin. Der in der Remeler Straße wohnende 64-jährige Drogist Ernst Warnke lebte seit längerer Zeit mit seinem 27-jährigen Sohn August in Zwist, weil dieser einen leidenschaftlichen Lebenswandel führte. Er kam sehr oft völlig betrunken nach Hause, und das geschah auch wieder gestern nach Mitternacht. Als der Vater, der auf den Sohn gewartet hatte, ihm Vorwürfe machte, kam es schließlich zu Tätlichkeiten. Der Streit endete damit, daß der Vater blutüberströmt am Boden lag. Er hatte eine tiefe Stichwunde ins Herz erhalten. Die sofort alarmierte Polizei verhaftete den Sohn, der allerdings angab, der Vater habe sich selbst aus Gram das Messer ins Herz gestochen. Tüchlein bricht aber der ärztliche Befund.

Eine Massenkrankung durch Kautschukdämpfe. Gestern mittag wurde die Berliner Feuerwache nach der Kartonsfabrik von Heise u. Stahl in der Wassergrasse gerufen. Dort waren etwa 20 Frauen, die mit dem Aufkleben von Federn auf Papppartons beschäftigt waren,

stark bemühtlos zusammengebrochen. Der Feuerwache gelang es, alle wieder ins Leben zurückzurufen. Allem Anschein nach stand einer Kautschuklösung, die zum Aufkleben verwendet wurde, giftige Gase entzündet und haben die Arbeiterinnen betäubt.

Das Hochwasser der Seine. Aus Paris wird gemeldet: Die Seine ist seit Dienstag früh um weitere 40 Zentimeter gestiegen, und der Regen dauert an. Die bisherigen Beobachtungen lassen darauf schließen, daß bis zum 5. Januar die Gefahr einer Ueberschwemmung erheblich gewachsen sein wird. Diese Gefahr bestand schon jetzt, wenn nicht seit der Ueberschwemmung von 1910 große Vorsichtsmaßnahmen gegen die Wiederholung ähnlicher Ereignisse getroffen worden wären. Dennoch stehen in einigen Vororten die Straßen bereits wieder unter Wasser und der Verkehr vollzieht sich in Booten. Die Eisenbahnlinie vom Invalidenbahnhof nach Verailles, die neben der Seine hinläuft, wurde am 1. Januar noch benutzt, wird aber wahrscheinlich heute abend geschlossen werden. An dem tiefliegenden Bahnhof des Cai d'Orsay werden bereits die Vorkehrungen zur Umlegung des Zugverkehrs getroffen. Die Untergrundbahnen sind noch in vollem Betrieb, aber einige Straßenbahnlinien mühten gesperrt werden, weil im 5. und 16. Bezirk der Fluß über die Ufer getreten ist. Die Keller sind in den Uferstrichen mit wenigen Ausnahmen überflutet. Dem Jubel an der Uferbrücke geht das Wasser bis zum Gürtel. Von einer der Eisenbrücken aus sieht man die Fluten heranziehen mit abgerissenen Sträuchern und Bäumen, mit schwimmenden Bettlern und Stahlsäulen, wie im Jahre 1910. Noch kann die Gefahr abgewendet werden, wenn ein paar Tage Frost eintritt. Aber bleibt das Wetter so wie es seit Wochen ist, regnerisch und mild, dann sind ernste Schäden für Stadt und Bevölkerung zu befürchten. — Infolge der dauernden Regenfälle hat das Steigen der Seine weiter an. In den Kellern des Quai d'Orsay steht das Wasser 60 Zentimeter hoch. Man hat eine Motorpumpe aufgestellt, die ununterbrochen in Tätigkeit ist. In Autent mußten zahlreiche Wohnungen geräumt werden, ebenso in Gohis und Bitron. Seit Mittag sind der Bahnhof am Quai d'Orsay, der Gare du Nord und der Bahnhof Saint Michel infolge Ueberschwemmungsgefahr für den Verkehr geschlossen worden. — Die Eisenbahnverbindung zwischen Dijon und Besancon ist unterbrochen, da der Fluß Noye über die Ufer getreten ist und die Schienen vollkommen unter Wasser gesetzt hat.

Erdbasishörung in Rumänien. In der Nähe von Vorsti förderten Bohrungen der rumänisch-amerikanischen Gesellschaft plötzlich Erdbas in ungeheuren Massen an Tage. Die Gase entzündeten sich. Es entstand eine 300 Meter hohe Feuerfäule, welche durch die Rauchentwicklung die Einwohner der nächsten Ortschaften zwang, aus ihren Häusern zu flüchten.

Der frühere Finanzminister Heldt sächsischer Ministerpräsident.

Volkbegehren über Auflösung des Landtags.

Mittheilung, Dresden. (Fernsprechmeldung.) Au Beginn der heutigen Landtagssitzung verlas der Ministerpräsident Heßlich eine Erklärung, es sei ein Antrag eingereicht von dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Ausschusses, welcher ein Volkbegehren über die Landtagsauflösung verlangt. Die sächsische Regierung werde diesem Antrag entsprechen. Darauf folgte die Wahl des Ministerpräsidenten. Von sozialdemokratischer Seite wurde der frühere Finanzminister Heldt vorgeschlagen. Eine Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion erklärte, daß sie den Abgeordneten Heldt nicht wählen würde.

Bei dem Wahlakt wurden 79 Stimmen abgegeben. 16 Abgeordnete der sozialdemokratischen Minderheit enthielten sich der Abstimmung. 52 Stimmen entfielen auf Heldt, 17 auf Hoffmann, 10 auf Böttcher. Der Präsident fragte Heldt, ob er die Wahl annehme. Dieser erklärte sich bereit. Darauf erfolgte die Vereidigung des neuen Ministers.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 4. Januar 1924.

Zur Separatistenbewegung in der Pfalz.

Frankfurt a. Main. Wie aus der Pfalz gemeldet wird, scheint sich dort bezüglich der Ausdehnungspolitik eine Aenderung der Taktik der Franzosen bemerkbar zu machen. Offenbar mit Rücksicht auf die sogar in französischen Blättern erhobenen Beanstandungen der rigorosen Ausweisungen durch die Separatisten ist augensichtlich ein gewisser Stillstand eingetreten. Doch versuchen die Separatisten jetzt auf anderem Wege, durch Errichtung von Standgerichten und Verhängung von Geldstrafen, die Bevölkerung zur Aufgabe ihrer Gebetsmängel zu machen. Ihrem Geldmangel suchen die Separatisten auf alle mögliche Weise abzuhelfen, so erheben sie an der Nordgrenze der Pfalz Ausfallszölle auf Lebensmittel, u. a. für Kartoffeln 1 Gros für den Zentner. Im übrigen wird das Treiben der Separatisten in der Pfalz von den Franzosen noch immer ganz offen gestiftet.

Die Regie auch im Kölner Brückenbau.

Köln. In der neuerlichen Verzögerung in den Verhandlungen über die Eisenbahnfrage in der britischen Zone wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die neue Wendung darauf zurückzuführen ist, daß von Paris aus der Wunsch auf Einverleibung der Kölner Eisenbahn in die Regie laut wurde. Ueber diesen neuen Abschnitt in der Verkehrsfrage wird angeht zwischen Paris und London verhandelt.

Eine treffliche Schilderung der französischen Ruhrpolitik.

Amsterdam. Ein Sonderkorrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“, der dem Tasseldorfer Schupoortzög bewohnt und zahlreiche Studienreisen durch das biesige Gebiet gemacht hat, führt in seinem Blatt aus: Wenn man von einer Balkanisierung Europas sprechen dürfte, so sei die Frage erlaubt, ob dies nicht eine unbedeutende Äußerung für die Bewohner des Balkans sei. Der es erlebt habe, wie die belgischen Gewandten in Sachen die deutsche Bevölkerung mit Bewehrungen der Soldaten des General de Metz mit den separaten französischen Strauchrittern erlebte und Kenntnis habe von den schmutzigen Finanzoperationen der Familie Dornen, die von den französischen Behörden unterstützt wurden, wer endlich in Düsseldorf Krüge gewesen sei, wie die brauen Schupooffiziere und Mannschaften weniger Berechtigtheit fanden als in einem gewöhnlichen Kongress gewährt würde, der würde erkennen, daß die heutige und laubere Bevölkerung des kulturell am höchsten entwickelten Teiles Europas, nämlich des Rheinlandes und des Ruhrgebietes, nicht wie ein Balkanvolk, sondern wie ein Stamm von Wilden behandelt werde.

Frankzösische Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen.

Paris. Nach einer Meldung des Matin sollen seit dem 28. Dezember 1923 sieben Infanterieregimenter aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich zurückgezogen sein.

In jedem Hause

muß das Rieser Tageblatt regelmäßig gelesen werden.

Bestellungen zum Besage durch die Post oder durch Zeitungsboten nimmt täglich zur Vermittlung die Tagesblatt-Geschäftsstelle, Meißner Goetbeke 59, entgegen.

